

Nadia El Ouerghemmi

Terrorismusdebatten zwischen Veränderung und Kontinuität

Eine kritische Analyse des tunesischen Sicherheitsdiskurses im Umgang mit jihadistischem Islamismus*

1. Einleitung

Seit 2011 steht Tunesien mehr denn je im Fokus des internationalen Interesses. Inmitten der im Anschluss an den Arabischen Frühling einsetzenden Ernüchterung scheint das Land in den Augen vieler der einzig verbleibende Hoffnungsträger und somit wird die junge tunesische Demokratie regelmäßig als Vorreiter für die gesamte Region gesehen. Nicht selten täuscht dies darüber hinweg, dass das Musterland der Arabellion großen Problemen ausgesetzt ist. Die Sicherheitslage und insbesondere der Umgang mit religiös begründeter Gewalt werden dabei im In- und Ausland als eine der größten Herausforderungen gesehen.

Tatsächlich ist Sicherheit seit 2011 eines der ständigen und bestimmenden Themen öffentlicher politischer Diskurse in Tunesien. In den Mittelpunkt dieser Debatten geriet zunehmend die Frage des staatlichen Umgangs mit Gefahren des jihadistischen Islamismus.¹ Zu einer zusätzlichen Verdichtung und Intensivierung des Diskurses führten die Ereignisse des Jahres 2015, insbesondere die Anschläge auf das Nationalmuseum und ein Hotel in Sousse. Diskutiert wurde eine Vielzahl von Themen, die von der Verabschiedung eines neuen Antiterrorgesetzes über Maßnahmen zum besseren Schutz

* Die Autorin dankt Katharina Grabietz, Miranda Loli und den anonymen Gutachtern für wertvolle Hinweise und kritische Anmerkungen sowie Holger Zapf, Mirjam Edel, Thomas Demmelhuber und den Teilnehmenden des Panels »A threat to security? Discursive (de-)legitimations of democratic transition in the Arab world«, veranstaltet von der Themengruppe »Transkulturell vergleichende Politische Theorie« beim DVPW-Kongress 2015 in Duisburg. Für die finanzielle Unterstützung wird außerdem dem Exzellenzcluster »Die Herausbildung normativer Ordnungen« (EXC 243) an der Goethe-Universität Frankfurt am Main gedankt.

1 Die Verwendung der Begriffe jihadistischer Salafismus und Terrorismus richtet sich aus pragmatischen Gründen nach ihrer Verwendung im Diskurs. Für eine allgemeinere Betrachtung, siehe Ibrahim M. Abu-Rabi', *The Blackwell Companion to Contemporary Islamic Thought*, Malden 2006, Part III The Question of Jihād and Terrorism in Contemporary Islamic Thought. Für die Darstellung der Entwicklung salafistischer und jihadistischer Gruppen in Tunesien nach 2012 siehe: Stefano M. Torelli, / Fabio Merone, / Francesco Cavatorta, »Salafism in Tunisia: Challenges and Opportunities for Democratization« in: *Middle East Policy* 19, Nr. 4 (2012), S. 140-154/ Isabelle Werenfels, » Im »globalen« Spannungsfeld: Jihadisten in Algerien und Tunesien« in: Guido Steinberg, / Annette Weber (Hg.), *Jihadismus in Afrika. Lokale Ursachen, regionale Ausbreitung, internationale Verbindungen*, SWP-Studie. Stiftung Wissenschaft und Politik 2015, S. 55-72.

von Sicherheitskräften bis hin zu Fragen nach den Kriterien einer ›angemessenen‹ Berichterstattung über den Terrorismus reichten. Ein übergeordneter Aspekt war hierbei stets die Frage danach, wie bzw. ob es möglich ist, eine Balance zwischen der Wahrung von Sicherheit und dem Schutz von Rechten und Freiheiten als wesentliche Errungenschaft der politischen Transformation herzustellen.

Viele Beobachter befürchten in diesem Zusammenhang, dass Tunesien seine junge Demokratie Sicherheitserwägungen opfern würde.² Am Ende des Konflikts zwischen reaktionären politischen Akteuren und Menschenrechtsaktivisten, so die Prognose, drohe ein Rückfall in autoritäre Strukturen. Andere betonen, dass vielmehr die Ausbreitung terroristischer Aktivitäten ein Risiko für die Herausbildung einer stabilen Demokratie darstellt. Die Zukunft des Landes und seiner Demokratie hängt demnach von der Fähigkeit ab, den Krieg gegen den Terror zu gewinnen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen des Verhältnisses von Demokratisierung und Sicherheit, besteht Einigkeit darin, dass die stattfindenden Aushandlungsprozesse von zentraler Bedeutung für die noch instabile tunesische Demokratie sind.

Auffallend ist dabei, dass die Struktur des Diskurses selbst weit weniger Beachtung findet als die potenziellen Ergebnisse der stattfindenden Aushandlungsprozesse. Hiermit sind vor allem die Machtstrukturen gemeint, innerhalb derer der Diskurs stattfindet und die von ihm widerspiegelt, legitimiert oder auch herausgefordert werden. Dabei sind es insbesondere Fragen nach der Veränderung oder Dauerhaftigkeit dieser Strukturen, die in Anbetracht der autoritären Vergangenheit und der damit einhergehenden Beschränkungen des Diskurses von besonderem Interesse sind.

Ohne das Ideal eines herrschaftsfreien Diskurses anzulegen, widmet sich der vorliegende Beitrag der Frage, wie sich der Sicherheitsdiskurs zum Umgang mit jihadistischem Islamismus in Bezug auf Macht, Ungleichheit und Ausschließungsprozesse seit 2011 verändert hat. Dies bezieht sich sowohl auf den Zugang zum Diskurs als auch auf die Kontrolle seiner Inhalte. Diese Aspekte werden im Rahmen einer kritischen Diskursanalyse untersucht, in der die Regierungszeit Ben Alis (1987–2011) und die Zeit seit 2011 gegenübergestellt werden. Zunächst werden hierzu im nachfolgenden Abschnitt die Herangehensweise und die Methodologie thematisiert. Um Veränderungen oder Kontinuitäten im heutigen Sicherheitsdiskurs aufzeigen zu können, werden daraufhin die zentralen Aspekte dieses Diskurses unter Ben Ali dargestellt und erläutert. Im Anschluss daran wird sich der Hauptteil dieses Beitrags dem aktuellen Sicherheitsdiskurs widmen.

2 Vgl. Larbi Sadiki (10.08.2015), »Tunisia is sacrificing its democracy for safety« in: <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2015/08/tunisia-sacrificing-democracy-safety-anti-terrorism-law-150809084503057.html> (Abrufdatum 10.2.2016); Amnesty International (14.1.2016), »Tunisie: la torture en détention perdure« in: <http://www.amnesty.fr/Nos-campagnes/Crises-et-conflits-armes/Actualites/Tunisie-la-torture-en-detention-perdure-17307> (Abrufdatum 10.2.2016).

2. Methodische Anmerkungen

Die kritische Diskursanalyse (KDA) ist ein interdisziplinäres Feld der Analyse von Diskursen und zeichnet sich durch eine Vielfalt theoretischer Einflüsse von der Frankfurter Schule, neo-marxistischen Einflüssen bis zu Foucault aus.³ Bei der hier gewählten Herangehensweise, die im deutschsprachigen Raum vor allem mit den Namen Siegfried Jägers und Jürgen Link verbunden ist, werden Diskurse als überindividuelle, institutionalisierte und geregelte Redeweisen definiert, die mit Handlungen verknüpft sind und Macht ausüben.⁴ Durch Diskurse wird Wissen (re-)produziert und, sofern es hegemoniale Gültigkeit erlangt, zu Wahrheit. Dadurch grenzt sich die KDA von der Möglichkeit einer objektiven Wahrheit und der Vorstellung von Diskursen und Wissen als »Widerspiegelung einer ›wirklichen‹ Wirklichkeit ab.«⁵

Der Fokus der kritischen Diskursanalyse liegt auf Macht, Herrschaft und Ungleichheit und darauf, wie sie durch Text und Sprache im sozialen und politischen Kontext begründet, legitimiert, reproduziert, aber auch herausgefordert werden.⁶ Macht, als zentrales Konzept der KDA, ist vor allem die soziale Macht von Gruppen und Institutionen. Auch wenn das genaue Verständnis von Macht im Einzelnen variiert, so kann Kontrolle doch als wichtigstes Definitionsmerkmal festgehalten werden. Macht zu haben bedeutet dementsprechend die Fähigkeit, das Handeln und Denken anderer Gruppen zu beeinflussen und zu kontrollieren. Diese Fähigkeit benötigt eine (Macht-)Grundlage, sei es Stärke, Wissen, Status oder eben Kommunikation und öffentlicher Diskurs.

In Diskursen tritt Macht dabei auf vielfältige Art und Weise zutage. So sind zum einen diejenigen Prozesse, in denen Wissen verbreitet oder formuliert wird selbst ein Ausdruck von Macht. Oft ist somit bereits der Zugang zu diesen Prozessen und Diskursen eine wichtige Machtressource.⁷ Die soziale Wirklichkeit, wie sie durch die vorhandenen Deutungs- und Interpretationsmuster konstruiert wird, stellt einen weiteren Aspekt von Macht dar. In diesem Sinne konstituiert der Diskurs gewissermaßen ein Feld des Sagbaren. Durch die Betrachtung dieses Feldes und insbesondere der darin vertretenen Positionen lassen sich Rückschlüsse über die Macht von Gruppen ziehen sowie darüber, inwiefern es ihnen gelingt, den Diskurs zu beeinflussen oder gar zu dominieren. Entscheidend hierfür sind sowohl quantitative (Häufigkeit) als auch qualitative (Rezeption, Anschlussfähigkeit) Faktoren. Von besonderem Interesse für diesen

3 Vgl. Brigitte Kerchner, »Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick« in: Brigitte Kerchner, / Silke Schneider (Hg.), *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden 2006, S. 53-54.

4 Jürgen Link, *Elementare Literatur und generative Diskursanalyse*, München 1983, S. 71.

5 Daniel Bertel / Peter Ulrich, »Kritische Diskursanalyse –Darstellung anhand der Analyse der Nahostberichterstattung linker Medien« in: Ulrike Freikamp / Matthias Leanza / Janne Menke et al. (Hg.), *Kritik mit Methode? Forschungsmethoden und Gesellschaftskritik*, Berlin 2008, S. 54.

6 Vgl. Teun A. Van Dijk, »Critical Discourse Analysis« in: Deborah Schiffrin / Deborah Tannen / Heidi E. Hamilton (Hg.), *The Handbook of Discourse Analysis*, Malden/Oxford, S. 352.

7 Vgl. ebd., S. 355f.

Beitrag sind jedoch auch diejenigen Inhalte, die sich außerhalb dieses Feldes befinden. So hängt auch das auffällige Fehlen oder Auslassen bestimmter Inhalte mit Ausschließungsprozessen zusammen und ist somit auch ein Ausdruck von Macht. In der Konsequenz bildet sich daraus schließlich auch die Grundlage zukünftiger diskursiver und nicht-diskursiver Praktiken.

Mit der Frage der Anwendbarkeit diskursanalytischer Herangehensweisen auf Diskurse in der Diktatur setzte sich die Forschung bereits intensiv auseinander.⁸ Für den vorliegenden Artikel von Bedeutung ist dabei vor allem die veränderte und eingeschränkte Funktion von Öffentlichkeit in nicht-demokratischen Gesellschaften. Wie Schneider zutreffend anbringt, setzt der Diskursbegriff Foucaults, durch den die KDA maßgeblich geprägt ist, keine kritische bürgerliche Öffentlichkeit voraus. Auch werden insbesondere in der kritischen Diskursanalyse Diskurse gerade nicht als macht- und herrschaftsfreie Räume betrachtet.

Relevant ist die Diskursanalyse ebenfalls für die Transitions- und Transformationsforschung. Auch hier wird die kritische Diskursanalyse durch ihre Beschäftigung mit Wandel an mehreren Punkten relevant. Anhand der postsozialistischen Staaten nach 1989 zeigt Kollmorgen dies anhand von drei Aspekten auf: In der Periode des Niedergangs des alten Regimes, wenn der herrschende Diskurs allmählich seine Legitimierungsfähigkeit verliert, im engeren Umbruchs- und Transformationsprozess, wenn Reformdiskurse an Einfluss gewinnen, und letztendlich auch in der Strukturierungs- und Konsolidierungsphase, wenn es um die Institutionalisierung von neuen Diskursen und die Herausbildung einer neuen Diskursordnung geht.⁹ Im vorliegenden Artikel ist dabei vor allem die Letztere von Bedeutung.

Der Fokus der vorliegenden Analyse liegt auf der Zeit nach 2011 und spezieller auf den ersten Monaten des Jahres 2015. In diesen Zeitraum fallen sowohl die Debatten um die Verabschiedung des Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus als auch die Anschläge auf das Bardo-Museum im März und auf ein Hotel in Sousse im Juni. Um den Hintergrund dieses aktuellen Diskurses darzustellen und mögliche Kontinuitäten und Brüche zu erörtern, wird darüber hinaus eine Auswahl von Quellen aus der Regierungszeit Ben Alis herangezogen.

Berücksichtigt wurden unterschiedliche Ebenen des Diskurses. Dabei galt es neben dem offiziellen Diskurs des Regimes auch zu erfassen, ob bzw. wo dieser herausgefordert wird. Im Fokus standen zunächst die Ebenen der Politik und der Medien. Für den aktuellen Diskurs erwies es sich ferner als nötig, auch die Ebene der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen. Der Hauptgrund für diese Entscheidung lag insbesondere in der zunehmenden Verschränkung dieser Ebenen. Eine strikte Trennung der Ebenen war somit in der Praxis kaum möglich und wäre auch mit Hinblick auf die Fragestellung dieser Analyse wenig sinnvoll.

8 Vgl. Silke Schneider, »Diskurse in der Diktatur? Überlegungen zu einer Analyse des Nationalsozialismus mit Foucault« in: Brigitte Kerchner, / Silke Schneider (Hg.), *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*, Wiesbaden 2006, S. 124 ff.

9 Raj Kollmorgen, »Diskursanalyse« in: Raj Kollmorgen / Wolfgang Merkel / Hans-Jürgen Wagner (Hg.), *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden 2015, S. 267-269.

Die Grundlage der Analyse bildet ein Korpus aus 95 Elementen. Konkret wurde die Berichterstattung in arabisch- und französischsprachigen tunesischen Print- und Onlinemedien berücksichtigt.¹⁰ Hierzu wurden die arabischsprachigen Zeitungen Al Chourouk und Assabah und die französischsprachige La Presse sowie Reden und Äußerungen von Politikern – insbesondere Regierungsvertretern – untersucht. Für die Zeit nach 2011 wurden zudem noch kritischere Onlinemedien wie Nawaat oder Inkyfada herangezogen. Hauptkriterien für Auswahl waren dabei die Reichweite der einzelnen Medien und die Verfügbarkeit von Archiven. Daneben wurden Erklärungen und Reden von Politikern und staatlichen Organen, allen voran dem Innenministerium, und Berichte von nicht-staatlichen Akteuren, wie Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen betrachtet.

Die Durchführung der Diskursanalyse orientiert sich hauptsächlich an dem Leitfaden Siegfried Jägers.¹¹ Dabei wird die Diskursanalyse in fünf Schritte unterteilt, die jeweils im Detail begründet und beschrieben werden und somit den Rahmen für das praktische Vorgehen mit dem empirischen Material bilden. Dieser Leitfaden wurde, wie vom Autor konzipiert, als ›Werkzeugkiste‹ herangezogen und entsprechend dem Forschungsinteresse des vorliegenden Beitrags angepasst, sodass vor allem bei den teils umfangreichen Unterschritten nicht alle Aspekte gleichermaßen berücksichtigt wurden. Auf die Konzeptionierungsphase, die vor allem der Auswahl und Begründung des Untersuchungsgegenstandes dient, folgt demnach die Erhebungsphase auf der Grundlage von für die Fragestellung relevanten Schlagworten. Daran anschließend folgt die erste Aufarbeitung des Materials im Rahmen einer Strukturanalyse. Vorliegend ging es dabei vor allem darum, die Bandbreite des Diskurses zu erhalten und die Anzahl der Artikel gleichzeitig um Redundanzen zu reduzieren. Herausgefiltert wurden in diesem Schritt Dopplungen und Wiederholungen. Zudem wurde für die Zeit ab 2011 ein Fokus auf die Ereignisse im Jahre 2015 gelegt, wodurch sich ein Korpus von 95 Elementen ergab. Dieser wurde anschließend einer Feinanalyse unterzogen, in der einzelne typische Artikel im Detail mit Blick auf sprachlich-rhetorische sowie inhaltlich-ideologische Aspekte untersucht wurden.¹² In einer abschließenden Gesamtanalyse wurden die wichtigsten Ergebnisse der vorangegangenen Schritte zusammengeführt und reflektiert.

Die wichtigsten Ergebnisse der abschließenden Gesamtanalyse werden im weiteren Verlauf dargestellt. In einem ersten Schritt wird nachfolgend der Sicherheitsdiskurs unter Ben Ali thematisiert. Dem aktuellen Sicherheitsdiskurs widmet sich das darauf fol-

10 Auch bei der Betrachtung der Printmedien musste auf Online-Archive zurückgegriffen werden. Anzumerken ist ferner die unterschiedliche Archivlage für die Zeit vor und nach 2011.

11 Siegfried Jäger, »Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse« in: Reiner Keller / Andreas Hirsland / Werner Schneider / Willy Viehöver (Hg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden*, Opladen 2001, S. 103 ff.

12 Zur Ermittlung typischer Artikel stellt Jäger eine Reihe von Kriterien auf, die sich auf thematische, formale und ideologische Aspekte beziehen. Als Orientierung gelten dabei insbesondere die Schwerpunkte, die in der Strukturanalyse zutage treten. Siehe hierzu, Siegfried Jäger, *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, Duisburg 1999, S. 193.

gende Kapitel. In beiden Teilen wird darüber hinaus ein auf der einschlägigen Forschungsliteratur basierender Überblick über diejenigen gesellschaftlichen und politischen Strukturen gegeben, die den Hintergrund für die daran anschließend zu präsentierenden Analyseergebnisse bilden.

3. Das Regime als Garant für Frieden und Sicherheit: Der tunesische Sicherheitsdiskurs vor 2010

Mit der Machtergreifung Ben Alis durch einen ›medizinischen Staatsstreich‹ am 7. November 1987 waren zahlreichen Hoffnungen auf Reform und Modernisierung verbunden.¹³ Auf nationaler wie auf internationaler Ebene wurde dieser ›Wandel‹ als Chance für eine »Neue Ära« und das Aufbrechen autoritärer Strukturen gewertet.¹⁴ Diese Hoffnungen wurden jedoch binnen kurzer Zeit enttäuscht, sodass spätestens ab 1992 deutlich wurde, dass Tunesien sich hin zu einem Staat entwickelte, der in mancherlei Hinsicht repressiver war als vor 1987.¹⁵

Unmittelbar nach seiner Machtübernahme begann Ben Ali damit, sich die Macht innerhalb der eigenen Partei zu sichern. Der umbenannte und personell veränderte Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD) erreichte bei allen Wahlen ab 1989 zwischen 89% und 99% der Stimmen, wobei Vorwürfe der Wahlmanipulation an diesen Ergebnissen zweifeln lassen.

Die einsetzende Repression richtete sich in unterschiedlichem Ausmaß gegen Oppositionelle und politische Aktivisten aller Orientierungen und Zugehörigkeiten.¹⁶ Vertreter islamistischer Strömungen wurden jedoch in besonderem Maße verfolgt. Darüber hinaus wurden auch die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie die Tätigkeiten von Gewerkschaften massiv eingeschränkt und überwacht.¹⁷ Obwohl ausgewählte NGOs durchaus geduldet waren, blieb dies jedoch auf wenige Bereiche beschränkt. Insbesondere Frauenrechte oder karitative Tätigkeiten dienten dazu, den Anschein von Pluralismus aufrechtzuerhalten.¹⁸ Über Jahre hinweg wurden zahlreiche Regimekritiker ins Exil getrieben, von wo aus einige von ihnen ihr politisches und ge-

13 Der damalige Premierminister, Ben Ali, ließ den Staatspräsidenten Habib Bourguiba am 7. November 1987 durch ein Ärztegremium für amtsunfähig erklären.

14 Olfa Lamoum / Bernard Ravenel, *La Tunisie de Ben Ali. La société contre le régime*. Paris 2002, S. 5.

15 Vgl. Hedi Timoumi, *Die Illusion des sanften Autoritarismus in Tunesien. Die 23-jährige Herrschaft Ben Alis*, Sfax 2013, S. 45 ff. Übersetzt aus dem Arabischen. Christopher Alexander, »Back from the Democratic Brink. Authoritarianism and Civil Society in Tunisia« in: *Middle East Report*, No. 205 (Oct. – Dec., 1997), S. 34ff.

16 Vgl. Domenica Preysing, *Transitional Justice in Post-Revolutionary Tunisia (2011-2013). How the Past shapes the Future*, Berlin 2016, S. 76-77.

17 Vgl. Sadri Khiari, / Olfa Lamoum, »Le Zaim et l'artisan ou der Bourguiba à Ben Ali« in: *Annuaire de l'Afrique du Nord* 37 (1998), S- 293-294.

18 Vgl. Sophie Bessis, »Le féminisme institutionnel en Tunisie« in: *Clio. Femmes, Genre, Histoire*, 9 (1999), S. 6.

sellschaftliches Engagement wieder aufnehmen. Von der tunesischen Öffentlichkeit wurden sie jedoch nur in sehr begrenztem Umfang wahrgenommen.

Zweifelsohne existierten in Ben Alis Tunesien unterschiedliche Formen von Widerstand und Subversion in und durch Sprache, die allmählich auch in den Fokus wissenschaftlichen Interesses geraten. Insgesamt muss dennoch festgehalten werden, dass der Raum für öffentliche Kritik angesichts des dominanten offiziellen Diskurses des Regimes in erheblichem Maße eingeschränkt war.¹⁹ Wie sich diese Restriktionen im Fall des Sicherheitsdiskurses äußerten, soll im Folgenden dargestellt werden.

Bereits in Ben Alis frühen Reden werden Reform, Demokratie und Sicherheit nebeneinander gestellt und miteinander verknüpft.²⁰ Bemühungen, sich als Garant für Sicherheit und Stabilität zu inszenieren, werden in den darauf folgenden Jahren zu einem festen Bestandteil des staatlichen Diskurses.

Oftmals wird in diesem Zusammenhang angeführt, dass die islamistische Bedrohung seit Beginn der Herrschaft Ben Alis ein Vorwand für die Einschränkung politischer und bürgerlicher Rechte war.²¹ Sowohl der im Dezember 1991 ausbrechende Bürgerkrieg im Nachbarstaat Algerien als auch der nach 2001 einsetzende ›Krieg gegen den Terror‹ werden als vom Regime genutzte Gelegenheit zur Legitimierung von Repression interpretiert. Die hier berücksichtigten Diskursfragmente zeichnen mit Hinblick auf den nationalen Diskurs ab 2000 und stärker noch ab 2005 jedoch ein nuancierteres Bild. So sind Versuche, Einschränkungen von Rechten und Freiheiten durch die Gefahr des Terrorismus der eigenen Bevölkerung gegenüber zu rechtfertigen, oftmals implizit.

Dabei offenbart insbesondere die Feinanalyse einen Unterschied zwischen der diskursiven Darstellung des untersuchten Themas auf nationaler und internationaler Ebene. Insbesondere fällt auf, dass Berichte über Gefahren des Terrorismus Eingang in die nationale Berichterstattung finden. Während jedoch vor der globalen Gefahr durch den Terrorismus gewarnt wird, stellen sowohl die untersuchten Medien als auch die Reden und Erklärungen von Regimevertretern Tunesien selbst als friedliches Land dar. Frieden und Sicherheit werden als eine der wichtigsten Errungenschaften des Regimes aufgezählt. Wert wird insbesondere darauf gelegt, die ›tunesische Ausnahme‹ mit der Lage der arabischen Nachbarn zu kontrastieren. Dadurch entsteht das Bild einer zunehmend vom Terror bedrohten Welt, in der Tunesien eine »Stätte des Friedens« bildet.²² Über Sicherheitsbedrohungen durch terroristische Aktivitäten innerhalb Tunesiens wird dementsprechend nicht oder allenfalls sehr knapp berichtet. Besonders inter-

19 Vgl. Mohamed Ali Elhaou, »La rhétorique politique en Tunisie: du »changement« à la »révolution« in: Felix Heidenreich / Daniel Schönplüg (Hg.), *Politische Kommunikation: Von der klassischen Rhetorik zur Mediendemokratie*, Berlin 2012, S. 161 ff.

20 Vgl. William Mark Habeeb, »Zine El Abidine Ben Ali« in: Bernard Reich (Hg.), *Political Leaders of the Contemporary Middle East and North Africa: A Biographical Dictionary*, New York-Westport/Connecticut-London 1990, S. 83.

21 Vgl. Yahia H. Zoubir, / Louisa Dris-Ait-Hamadouche, *Global Security Watch-The Maghreb: Algeria, Libya, Morocco, and Tunisia*, Santa Barbara/Denver/Oxford 2013, S. 15.

22 Siehe die Seite zur Unterstützung der Kandidatur Ben Alis unter: <http://withbenali2009.blog.spot.de/2009/10/why-we-vote-ben-ali.html> (Abrufdatum 10.2.2016).

essant ist diese Beobachtung mit Blick auf einige Ereignisse, die Tunesien im Laufe der Präsidentschaft Ben Alis erlebte. Zu nennen sind hier vor allem die Ereignisse von Tamerza im Februar 1995, der Anschlag auf die Synagoge La Ghriba im April 2002 und die Ereignisse von Soliman im Dezember 2006 und Januar 2007.²³ Während vor allem der Anschlag auf die Synagoge auf Djerba auch international Beachtung fand, thematisierte die nationale Presse derartige Ereignisse möglichst wenig. Auch die Teilnahme tunesischer Staatsangehöriger in den Reihen terroristischer Organisationen in Afghanistan und im Irak wurde größtenteils verschwiegen.

Gleichzeitig wird betont, dass Tunesien eine wichtige Rolle bei den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Terrorismus spielt und ein strategisch wichtiger Partner für die internationale Gemeinschaft – allen voran USA und EU – ist. Aufschlussreich ist in diesem Kontext die Reaktion Tunesiens auf die Ereignisse des 11. September 2001. So äußerte sich Ben Ali dahingehend, dass die Anschläge als Bestätigung seiner Warnung vor den Gefahren des Terrorismus zu sehen sind.²⁴ Tunesien sicherte den USA und der internationalen Gemeinschaft als Konsequenz seine volle Unterstützung bei der Bekämpfung dieser Gefahr zu. Diese Darstellung als verlässlicher und wertvoller Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus war jedoch keinesfalls nur nach außen gerichtet. Vielmehr entfaltete sie auch eine Wirkung auf nationaler Ebene. So stellte die westliche Unterstützung Tunesiens eine wichtige Legitimationsgrundlage für das Regime dar. Laut Olfa Lamoum wurde der veränderte internationale Kontext nach dem 11. September sogar genutzt um die Idee einer weiteren Amtszeit Ben Alis im Jahr 2004 zu bewerben, nachdem er die von der Verfassung vorgeschriebene Altersgrenze überschritten hatte.²⁵ Auch in der darauffolgenden Wahlkampagne im Jahre 2009 stand der Beitrag des Präsidenten zur Wahrung von Sicherheit im Mittelpunkt.²⁶ Illustrativ ist hier ein Beitrag der Tageszeitung *Le Temps* vom 9.10.2009, wenige Tage vor der Präsidentschaftswahl, in der Ben Ali mit 89,6% der Stimmen wiedergewählt wurde. Vorgestellt wird eine Ausgabe der in Frankreich erscheinenden Fachzeitschrift »Les Cahiers de l'Orient«, die sich der Frage widmet, warum die tunesische Bevölkerung Ben Ali wählt. Bei der Beantwortung dieser Frage

- 23 Im Februar 1995 wurden nahe der algerischen Grenze in Tamerza sechs tunesische Grenzbeamte vermutlich durch ein Kommando der radikalen algerischen Gruppe *Groupe Islamique Armée* getötet, am 11. April 2002 wurden bei einem Anschlag auf die Synagoge La Ghriba auf Djerba 19 Personen getötet und ab Dezember 2006 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen in der Region von Soliman südöstlich von Tunis. Insbesondere über die Kämpfe in Soliman sind bis heute nur wenige Details bekannt.
- 24 Vgl. 11 septembre: message du président Ben Ali à George Bush, unter: <http://www.panapress.com/11-septembre--message-du-president-Ben-Ali-a-George-Bush--13-604532-18-lang1-index.html>.
- 25 Vgl. Olfa Lamoum, » La Tunisie après le 11 Septembre« in: *Confluences Méditerranée* 1 Nr. 40 (2002), S. 172.
- 26 Siehe hierzu die Seite zur Unterstützung der Kandidatur Ben Alis, aaO. (FN 18) (Abrufdatum 10.2.2016).

werden sowohl Sicherheit als auch das hohe internationale Ansehen Tunesiens, welche mit den Bemühungen des Präsidenten verknüpft werden, herausgestellt.²⁷

Das teilweise oder komplette Fehlen vieler Ereignisse und Inhalte und die weitgehende Entproblematisierung nationaler Sicherheit stellen den ersten und deutlichsten Befund der Analyse des Sicherheitsdiskurses vor 2011 dar. Zu erklären ist dies insbesondere vor dem Hintergrund der Verbreitung der Zensur und ihres gezielten Einsatzes durch das Regime. Im Ergebnis führte diese Politik zum einen dazu, dass einzelne kritische Medien verboten bzw. überhaupt nicht zugelassen wurden. Als Beispiel kann hier Al Wasat genannt werden, die 2005 in Deutschland gegründet wurde. Anders als in den in Tunesien zugänglichen Medien, tauchen in der Berichterstattung dieser Zeitung Themen wie die Menschenrechtsverletzungen und Folter von Terrorverdächtigen auf.²⁸ Regelmäßig wurden zudem in Tunesien einzelne Ausgaben von Zeitungen oder Zeitschriften aus dem Handel genommen, sofern einzelne Inhalte als kritisch angesehen wurden. Davon waren vor allem die einzigen drei zugelassenen oppositionellen Zeitschriften betroffen.²⁹ Durch die Zensur wurde demnach bereits der Zugang zum Diskurs eingeschränkt, was sich bei der Betrachtung des Korpus dadurch bemerkbar macht, dass der Sicherheitsdiskurs vor allem von der Regierung und wenigen regime-treuen Medien geprägt ist. Diese Ausschließungsprozesse führen dazu, dass das Regime seine Kontrolle über den Diskurs sichern und festigen konnte.³⁰

Darüber hinaus waren auch staatsnahe Medien und solche, die nicht erkennbar regimekritisch waren, von der Zensur betroffen. So war es ihnen untersagt über viele sicherheitsrelevante Themen zu berichten. Hierzu zählten nicht selten auch alltägliche Fälle von Kriminalität. Auch existieren keine verlässlichen Statistiken über die Ausmaße von Sicherheitsbedrohungen oder Kriminalität während der Herrschaft Ben Alis. Über Jahre hinweg wurde Unsicherheit somit gewissermaßen unsichtbar, wodurch die Sicherheitswahrnehmung der Bevölkerung nachhaltig beeinflusst wurde. Dies hat eine anhaltende Wirkung auf den Sicherheitsdiskurs und die Problemwahrnehmung im Lande.³¹

27 Vgl. Le Temps (9.10.2009): »Analyse ›l'exception tunisienne‹ ›Les Cahiers de l'Orient‹« in: <http://www.tuess.com/fr/letemps/34172> (Abrufdatum 10.2.2016).

28 Vgl. Al Wasat: (07.11.07) »Erklärung vom 07/11/2007: Das Komitee der Familien der Opfer des Anti-Terror Gesetzes« in: <http://www.tuess.com/alwasat/6730> (Abrufdatum 10.2.2016); Al Wasat (4.6.2007) Tunesien: »Der Märtyrer Mabrouk Al Zern wird ein Zeuge des Staatsterrorismus bleiben« in: <http://www.tuess.com/alwasat/6142> (Abrufdatum 10.2.2016).

29 Bei diesen Zeitschriften handelte es sich um: Attariq Al Jadid (Dt. der Neue Weg) der kommunistischen Partei, Al Mawkif (Dt. der Standpunkt) der Progressiv demokratischen Partei (PDP) und Mouwatinoun (Bürger) des Demokratischen Forums für Arbeit und Freiheit (FDTL). Vgl. hierzu Hedi Timoumi, *Die Illusion des sanften Autoritarismus. Die 23-jährige Herrschaft Ben Alis*, aaO. (FN 15), S. 60-61.

30 Die Verbreitung von Fernsehsendern, die über Satellit empfangen werden konnten – allen voran Al Jazeera – sowie die Verbreitung sozialer Medien und ihre Fähigkeit, diese Zugangskontrolle zu umgehen, stellen sicherlich einen relevanten Entwicklung dar, auf die in diesem Beitrag jedoch nicht näher eingegangen werden kann.

31 Vgl. Moncef Kartas »On the Edge? Trafficking and Insecurity at the Tunisian-Libyan Border«. Working Paper 17. Small Arms Survey 33, 2013.

Insgesamt lässt sich eine Monopolisierung des Sicherheitsdiskurses feststellen. Es entstand ein homogener und einheitlicher Diskurs sowohl was die Diskursteilnehmer als auch die von ihnen vertretenen Positionen angeht. Dies ist als Zeichen für eine starke Kontrolle des Zugangs sowie der Inhalte des Diskurses zu werten. Die wirkenden Ausschließungsprozesse sind zugleich Ausdruck der Macht des Regimes und einer ihrer Pfeiler. Anzunehmen ist jedoch, dass dieser Diskurs im Zusammenhang mit den Umbrüchen und den damit einhergehenden gesellschaftlichen und politischen Neu- und Umordnungen ab Ende 2010 seine legitimatorische Macht einbüßte. Mit Blick auf die seitdem attestierte Demokratisierung, soll im folgenden Abschnitt neben Veränderungen der Zugangs- und Partizipationsmöglichkeiten auch die inhaltliche Dimension genauer betrachtet werden.

4. Kontinuität und Bruch: Der Sicherheitsdiskurs nach 2011

Fünf Jahre nach dem Beginn der Ereignisse, die das Ende der 23-jährigen Herrschaft Ben Ali einläuteten, wird die Bilanz des bisherigen Demokratisierungsprozesses meist positiv bewertet. Tatsächlich gelang es, eine neue Verfassung auszuarbeiten und faire Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abzuhalten.³² Auch Verbesserungen bei der Wahrung von Rechten und Freiheiten werden dem Land bescheinigt.³³

Gleichzeitig deuten andere Aspekte wiederum darauf hin, dass die bisherige Demokratisierung allenfalls selektiv verlaufen ist. So ergeben sich trotz einiger Bemühungen etwa aus dem Verhältnis des Landes zu seiner Vergangenheit zahlreiche Herausforderungen.³⁴ Dies äußert sich unter anderem in der personellen und institutionellen Kontinuität. Noch heute sind wichtige Posten in der Politik von Vertretern des alten Regimes besetzt. Auch auf den massiven Reformbedarf staatlicher Institutionen wurde bislang nur in Ansätzen reagiert. Neben der Justiz und den Medien betrifft dies vor allem das Innenministerium und den Sicherheitsapparat.³⁵ Destabilisierend wirken sich

32 Vgl. Duncan Pickard, »Prospects for implementing Democracy in Tunisia« in: *Mediterranean Politics* 19, 2 (2014), S. 259-260. Union Européenne. Mission d'observation électorale, Rapport final. Tunisie 2014, unter: http://www.eods.eu/library/150313-rapport-final-moeue-tunisie-2014_fr.pdf, S. 7. (Abrufdatum 25.09.2016).

33 Vgl. Human Rights Watch: *World Report 2015: Tunisia*, unter: <https://www.hrw.org/world-report/2015/country-chapters/tunisia> (Abrufdatum 25.5.2016). Freedom House, *Freedom in the World 2015. Highlights from Freedom House's annual report on political rights and civil liberties*, S. 6-7.

34 Vgl. Christopher Lamont / Hela Boujneh, »Transitional Justice in Tunisia: Negotiating Justice during Transition« in: *Politička misao*, 49, Nr. 5, (2012), S. 39ff. Rim El Gantri, *Tunisia in Transition. One Year After the Creation of the Truth and Dignity Commission*. ICTJ Briefing September 2015, S. 1-2.

35 Vgl. Ibrahim Fraihat, *Unfinished Revolutions. Yemen, Libya, and Tunisia after the Arab Spring*, New Haven/London 2016, S. 175-177. Yezid Sayigh, *Missed Opportunity. The Politics of Police Reform in Egypt and Tunisia*. Carnegie Endowment for International Peace 2015, S. 16 ff.

zudem einige der jüngeren Entwicklungen aus.³⁶ Herausforderungen ergaben sich insbesondere aus der Zuspitzung der Sicherheitslage. Dabei waren es die Anschläge des Jahres 2015, die Fragen nach dem Umgang des Staates mit religiösem Extremismus zur wichtigsten Priorität werden ließen.³⁷ Mittel- und langfristige werden sich Politik und Gesellschaft außerdem mit den Auswirkungen dieser Ereignisse auf die wirtschaftliche und politische Zukunft des Landes befassen müssen. In diesem Sinne sind die aktuellen Auseinandersetzungen und Deutungskämpfe auch als Test für zukünftige Debatten und ein Indikator für das Ausmaß der bisherigen Veränderung zu sehen.

Um Kontinuitäten und Brüche im tunesischen Sicherheitsdiskurs herauszustellen, werden im Folgenden nacheinander seine Struktur und seine Inhalte dargestellt. Dabei gilt es zunächst, die Frage nach Teilnehmern und sich daraus ableitenden Veränderungen beim Zugang zum Diskurs zu beantworten. Daran anschließend soll die Bandbreite der Themen, die Eingang in den Diskurs finden, dargestellt und auf Auslassungen hingewiesen werden. Abschließend werden zwei inhaltliche Aspekte vorgestellt und diskutiert, die den Diskurs während des untersuchten Zeitraums entscheidend beeinflussten und aus denen sich zukünftige Einschränkungen ergeben können: Die Verwendung des Märtyrerbegriffs und der zunehmende Rückgriff auf nationalistische Elemente.

Während der Erhebungsphase und dem Versuch, die aktuellen Debatten zu lokalisieren, fällt zunächst ein quantitativer Unterschied zur Zeit Ben Alis ins Auge. So scheint die Bedrohung durch Jihadisten über einen langen Zeitraum hinweg eines der beherrschenden Themen auf verschiedenen Ebenen des öffentlichen Diskurses zu sein.

Bei der Analyse des Korpus lässt sich außerdem feststellen, dass vielfältige und sehr unterschiedliche Akteure an der aktuellen Sicherheitsdebatte teilgenommen haben und diese auch in unterschiedlichem Ausmaß geprägt haben. Damit ist gemeint, dass sie Wissen in den Diskurs einbringen, welches diesen im weiteren Verlauf prägt und auch von anderen Teilnehmern wahrgenommen und ggf. übernommen wird und somit eine gewisse Gültigkeit erlangt. Beteiligt sind neben staatlichen Institutionen und Politikern auch verschiedenste staatliche und nicht-staatliche Organisationen. Dennoch muss festgehalten werden, dass einige Akteure den Diskurs stärker beeinflussen als andere. Hierzu zählt neben der Regierungspartei Nidaa Tounes, der auch der Staatspräsident Béji Caid Essebsi angehört, auch das Innenministerium. Darüber hinaus lässt sich eine starke Präsenz historisch gewachsener Akteure beobachten. Hierunter fallen etwa der Gewerkschaftsdachverband Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT), die tunesische Menschenrechtsliga (LTDH) oder auch Human Rights Watch (HRW). Gemein ist vielen dieser Akteure ihre langjährige Opposition zum Ben Ali Regime. Vor allem in Anbetracht ihrer Anzahl scheinen neugegründete zivilgesellschaftliche Organisationen hingegen kaum Anschluss an den Diskurs zu finden, auch wenn sie vereinzelt in

36 Vgl. Christian Mölling / Isabelle Werefels, *Tunesien: Sicherheitsprobleme gefährden die Demokratisierung*, in SWP-Aktuell 62, Oktober 2014, S. 1-2.

37 Siehe. Sigma Conseil, »Baromètres politiques 2015« in: http://www.sigma.tn/Fr/actualites_7_10_D43 (Abrufdatum 10.2.2016).

Erscheinung treten. Eine nennenswerte Ausnahme sind an dieser Stelle die nach 2011 gegründeten Gewerkschaften der Sicherheitskräfte. Gegründet wurden diese mit dem Ziel, die Interessen der Sicherheitsbeamten zu vertreten, nachdem der Sicherheitsapparat traditionell als ›Instrument‹ des Regimes nicht in der Lage war, eigene Interessen zu formulieren.³⁸

Bei der Verknüpfung dieser Akteure mit den den Diskurs dominierenden Positionen wird oft von einer Gegenüberstellung von konservativen Politikern und Menschenrechtsaktivisten ausgegangen. In die erste Gruppe fallen dabei die Regierung und insbesondere die Regierungspartei Nidaa Tounes sowie das Innenministerium und andere Akteure, die für eine Ausweitung des Kampfes gegen den Terror plädieren. Demgegenüber warnen Vertreter der zweiten Position vor den Gefahren der Einschränkung von Rechten und Freiheiten unter dem Vorwand der Herstellung und Wahrung von Sicherheit. Für eine solche Position stehen insbesondere Menschenrechtsorganisationen wie die Tunesische Liga für Menschenrechte (LTDH), aber auch linke Oppositionsparteien.

Obwohl Menschenrechtsaktivisten und konservative Politiker wichtige Akteure sind und den Diskurs oftmals dominieren, kann diese dichotome Darstellung jedoch manche Aspekte des Diskurses kaum erfassen. Insbesondere finden die Pluralität und Heterogenität der Akteure sowie Veränderungen und Anpassungen, die – wie im Folgenden noch näher thematisiert wird – im Kontext einzelner Ereignisse auftreten wenig Berücksichtigung. So wurde etwa der religiös-konservativen Ennahdha lange eine fehlende Distanzierung von religiös begründeter Gewalt vorgeworfen.³⁹ Seitdem lässt sich jedoch eine deutliche Veränderung hin zu einem sehr entschlossenen Vorgehen bei der Bekämpfung terroristischer Herausforderungen feststellen. Nicht zuletzt gibt es auch innerhalb des Diskurses selbst Stimmen, die diese Dichotomie ablehnen. So finden sich etwa regelmäßig Versuche für eine Überwindung der Sichtweise, die nur die Wahl zwischen einer Terrorismus oder Despotismus zulässt.⁴⁰

In diesem ersten Teil lassen sich somit ein deutlicher Anstieg sowie eine Diversifikation der Teilnehmer und der vertretenen Positionen innerhalb des Diskurses beobachten. Beides ist als Hinweis auf einen Abbau von Beschränkungen beim Zugang zu Diskursen zu verstehen. Daran anschließend stellt sich die Frage, welche Themen aufgegriffen werden oder auch fehlen. Es gilt also, das ›Feld des Sagbaren‹ näher zu betrachten und abzustecken.

38 Zur Rolle der Sicherheitsdienste unter Ben Ali, siehe: Derek Lutterbeck, »After the Fall: Security Sector Reform in post-Ben Ali Tunisia« ARI Projects. Arab Securitocracies and Security 2012, S. 5-11.

39 Im Gegensatz zu den vereinzelt vorgebrachten Zweifeln an der Absage der Ennahdha an Gewalt, so ist hier jedoch insbesondere die Vagheit politischer Konzepte und die unklare Positionierung gemeint. Vgl. Karima El Ouazghari, »An-Nahdha im Wandel. Eine islamistische Bewegung im Kontext sich verändernder Opportunitätsstrukturen in Tunesien« HSFK Working Paper Nr. 14 2012.

40 Vgl. Riadh Guerfali (27.7.2014) »Terrorisme et lavage de cerveau!« in: <http://nawaat.org/portail/2014/07/27/terrorisme-et-lavage-de-cerveau/> (Abrufdatum 10.2.2016).

Betrachtet man die Berichterstattung der Medien sowie die Meldungen des Innenministeriums, so fällt zunächst einmal auf, dass sich ein Großteil der Berichterstattung mit der Verhaftung von Terrorverdächtigen und der Vereitelung bevorstehender Anschläge befasst. Dabei fällt auf, dass entsprechende Berichte in der Regel sehr detailliert ausfallen. Gängig sind auch sehr konkrete Angaben zum Hergang der Operationen, der Anzahl der festgenommenen Verdächtigen sowie der beschlagnahmten Waffen und Munition. Oft werden gar die Namen der Verdächtigen und ihre Ausweisnummern bekanntgegeben. Vage bleiben dabei hingegen Angaben zu Zielen und Plänen dieser Gruppierungen. Dies stellt insofern eine Veränderung dar, als Terrorismus auf nationaler Ebene ausgiebig thematisiert wird und somit ein bestimmtes Maß an Unsicherheit sichtbar ist. Obwohl der Fokus klar auf den Gefahren des Terrorismus in Tunesien liegt, werden nationale Entwicklungen mit regionalen und internationalen Entwicklungen verknüpft. Aufgegriffen wird insbesondere das Verhältnis zu den beiden Nachbarstaaten Algerien und Libyen. So scheinen der Staatszerfall im Nachbarstaat Libyen und das Erstarken jihadistischer Gruppen als potenzielle Gefahr für die Entwicklungen auf nationaler Ebene wahrgenommen zu werden.⁴¹ Einen unverändert großen Stellenwert nimmt jedoch die Beachtung der internationalen Gemeinschaft für den Verlauf der Transition in Tunesien ein. So wurden etwa die Solidaritäts- und Beileidsbekundungen nach den Anschlägen mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht. Nach dem Vorbild Frankreichs organisierte Tunesien im Anschluss an den Anschlag auf das Nationalmuseum einen internationalen Marsch gegen Terror. Auch hier wurde die internationale Präsenz als Beweis für die Achtung und den Respekt gedeutet, der Tunesien von internationaler Seite entgegengebracht wird.

Auch sind Themen präsent, die unter Ben Ali der Zensur unterlagen. Ein besonderes Beispiel, welches von unterschiedlichen Diskursteilnehmern aufgegriffen wird, ist das Phänomen von TunesierInnen, die sich radikalen Gruppierungen im Ausland und insbesondere in Syrien anschließen sowie die Herausforderungen ihrer Rückkehr nach Tunesien.⁴² Vor allem bei regierungskritischeren Medien, wie etwa der Online-Plattform Nawaat und unterschiedlichen Menschenrechtsorganisationen finden sich hierzu sowie auch zur allgemeineren Frage nach dem Umgang mit Terrorverdächtigen Überlegungen.

Im Anschluss an den ersten Anschlag im März 2015 wurden auch die Fragen nach dem Umgang des Staates mit diesen Herausforderungen intensiver gestellt und wurden stärker als zuvor zu einem thematischen Schwerpunkt des Diskurses. Im Mittelpunkt standen dabei Debatten um ein neues Antiterrorgesetz sowie ein Gesetz zum Schutz der Sicherheitskräfte gegen Übergriffe. Beide Gesetze wurden vor allem seitens der Regierung als unverzichtbar und dringlich dargestellt. Die empfundene Verschlechterung der Sicherheitslage diente in diesem Zusammenhang als Gelegenheitsfenster, um ihre

41 Vgl. Hella Lahbib (17.2.2015) »Daech aux portes de la Tunisie« in: <http://www.lapresse.tn/13012016/95963/daech-aux-portes-de-la-tunisie.html> (Abrufdatum 10.2.2016).

42 Vgl. Assabah News (15.1.2015) »Der Innenminister: 9.000 Tunesier wurde an der Reise nach Syrien gehindert und wurden nicht juristisch verfolgt« in: <http://goo.gl/Oadx40> (Abrufdatum 10.2.2016).

Verabschiedung voranzutreiben und zu beschleunigen. Die Opposition sowie große Teile der Zivilgesellschaft standen beiden Entwürfen größtenteils kritisch gegenüber.⁴³ Aus heutiger Sicht waren diese Versuche der Regierung jedoch nur bis zu einem bestimmten Punkt erfolgreich. So gelang es nach langen Verhandlungen, das Antiterrorgesetz am 25.7.2015 zu verabschieden.⁴⁴ Das Gesetz zum Schutz der Angehörigen des Sicherheitsapparats hingegen wurde bis zum heutigen Tage nicht verabschiedet. Die Debatten um beide Entwürfe lieferten wichtige Erkenntnisse über Möglichkeiten der Partizipation und Ausschließungsprozesse. So waren etwa bei der Abstimmung des Antiterrorgesetzes nur 174 von 217 Abgeordneten anwesend. Hinzu kommt, dass es keine Gegenstimmen und lediglich 10 Enthaltungen gab. Diese Stimmverteilung und der Text des beschlossenen Gesetzes spiegeln den sonstigen Diskurs nicht wider. Auch unmittelbar nach der Abstimmung ließ die Kritik nicht nach.⁴⁵ Interessanterweise wurde jedoch auch die Enthaltung der Abgeordneten, die als Behinderung des Vorgehens gegen den Terrorismus gewertet wurde, stark kritisiert. In einem Artikel der regierungsnahen *La Presse* werden sie gar in die Nähe der Unterstützer des Terrorismus gerückt.⁴⁶ Das Ausmaß und die Intensität dieser Reaktionen deuten darauf hin, dass trotz der allgemeinen Öffnung des Diskurses Beschränkungen und Reaktions- bzw. Bewertungsmuster fortbestehen, die an die Ära Ben Alis anknüpfen.

Eher als ein komplettes Auslassen einzelner Themen lassen sich zeitliche Veränderungen und Verdichtungen feststellen. Insbesondere Forderungen nach einer Reform des Sicherheitsapparats und der Neuordnung des Innenministeriums nehmen im Anschluss an die Anschläge ab. Dies gilt insbesondere für staatsnahe Medien, bei denen Ideen von Einheit und einem starken Vorgehen gegen terroristische Gefahren stärker in den Mittelpunkt rücken.

Es lässt sich somit festhalten, dass sich das Feld des Sagbaren insgesamt erweitert hat. Dabei bleibt jedoch zu beachten, dass dies vor allem durch die Verbesserung der

43 Als Beispiel für eine vielzitierte Kritik, siehe: Human Rights Watch (8.4.2015) »An Analysis of Tunisia's Draft Counterterrorism Law« in: <https://www.hrw.org/news/2015/04/08/tunisia-a-flaws-revised-counterterrorism-bill> (Abrufdatum 10.2.2016). Die Hauptkritikpunkte beziehen sich auf begriffliche Unschärfen, etwa bei der Definition von Terrorismus, die Ausweitung der Befugnisse des Staates und die Festschreibung der Todesstrafe für Terrorakte mit Todesopfern. Für eine Zusammenstellung der wichtigsten Punkte der Befürworter und Gegner des Gesetzes zum Schutz der Sicherheitskräfte, siehe: Houssein Hajlaoui (9.6.2015) »Projet de loi de protection des forces armées: Protection ou immunité?« in: <https://inkyfada.com/2015/06/projet-de-loi-repression-des-atteintes-aux-forces-armees/> (Abrufdatum 10.2.2016).

44 Gesetz Nummer 26 aus dem Jahr 2015 vom 7. August 2015 bezüglich der Bekämpfung des Terrorismus und des Verbots der Geldwäsche.

45 Siehe hierzu die von 15 Organisationen unterzeichnete »Erklärung zum Entwurf des Rahmengesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus und Verbot der Geldwäsche« vom 23.7.2015 unter: <http://goo.gl/WZADxO>; und die »Erklärung der Organisation Tunesischer Richter zum Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus und Verbot der Geldwäsche« vom 24.7.2015 in: <http://goo.gl/f97WZi> (Abrufdatum 10.2.2016).

46 Vgl. Soufiane Ben Farhat (27.7.2015) »Adoption de la Loi antiterroriste. N'en déplaise aux veules...« in: <http://www.lapresse.tn/06012016/102181/nen-deplaise-aux-veules%E2%80%A6.html> (Abrufdatum 10.2.2016).

Zugangsmöglichkeiten zum Diskurs und in einem geringeren Ausmaß durch tiefgreifende Veränderungen in der Ausrichtung einzelner Medien erzielt wurde.

Obwohl die Ergebnisse der Analyse also auf eine Öffnung des Diskurses hindeuten, so traten in ihrem Verlauf insbesondere zwei Aspekte zutage, aus denen sich potenzielle Beschränkungen ergeben könnten. Angesichts ihrer Relevanz für den aktuellen und zukünftigen Verlauf des Diskurses werden die Verwendung des Märtyrerbegriffs für getötete Angehörige der Sicherheitskräfte und der Rückgriff auf nationalistische Inhalte nachfolgend dargestellt und ihre Bedeutung im untersuchten Diskurs erläutert.

Terrorismusbekämpfung und Märtyrertum:

In den ersten Monaten des Jahres 2015 wird der Diskurs über den Terrorismus stark von Meldungen über die Aktivitäten jihadistischer Zellen sowie über Ausschreitungen zwischen bewaffneten Gruppen und staatlichen Sicherheitskräften dominiert. Diese staatlichen Meldungen und Erklärungen, die in ihrem Aufbau und ihrem Inhalt zunächst sehr standardisiert und einheitlich wirken, sollen das Vorgehen des Staates und seiner Sicherheitskräfte gegen gewaltbereite Gruppierungen darstellen. Die Form und der Aufbau dieser Meldungen erfüllen mehrere Ziele. Zum einen sind sie Teil der Bemühungen des Staates um Transparenz und somit als ein klarer Versuch der Abgrenzung von vergangenen Praktiken. Gleichzeitig sollen derartige Meldungen die Erfolge des Staates darstellen und dabei den Eindruck eines disziplinierten und strategischen Vorgehens vermitteln. Gerade vor dem Hintergrund dieser um Neutralität bemüht wirkenden Darstellungen sticht die moralische und zum Teil religiöse Aufladung des Diskurses heraus, die insbesondere bei der Darstellung getöteter Sicherheitskräfte als Märtyrer zutage tritt.⁴⁷

Im tunesischen Kontext ist diese Zuschreibung zunächst einmal beachtlich, da nach 2011 vor allem die Opfer staatlicher Gewalt, die in der Regel durch die staatlichen Sicherheitskräfte ausgeübt wurde, als Märtyrer bezeichnet wurden.⁴⁸ Unmittelbar nach dem Sturz Ben Alis wäre es kaum denkbar, diese Bezeichnung für Angehörige der Polizei und der Nationalgarde zu verwenden. Stattdessen wurde in dieser Phase meist von getöteten (*qatil*) oder gefallenen (*suqūt*) Angehörigen der Sicherheitskräfte gesprochen. Diese Begriffsverwendung steht in Tunesien für eine Veränderung bei der (Selbst-)Wahrnehmung der Sicherheitskräfte.

Obwohl der Begriff des Märtyrers, im Arabischen *Shahid*, vielschichtig ist, so ist er doch eng mit der Entstehung und Entwicklung des Islam verbunden. Im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen religiös begründete Gewalt ist es nicht möglich, den Begriff des Märtyrers von diesem religiösen Bezug zu isolieren. Indem dem Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen vermeintliche Terroristen eine religiöse Bedeutung verliehen

47 Vgl. Assabah News (29.5.2015) »Zwischen 2012 und 2015: 27 Märtyrer aus den Reihen der Sicherheitskräfte opfern sich für die Nation«, unter: <http://goo.gl/FqGoRR> (Abrufdatum 10.2.2016). Übersetzt aus dem Arabischen.

48 Bis heute wird in Tunesien der Begriff der »Märtyrer der Revolution« für diejenigen verwendet, die während der Proteste starben. Auch Mohamed Bouazizi, dessen Selbstverbrennung am 17.12.2010 in Sidi Bouzid die Proteste entfachte wird – auch wenn der Islam Selbsttötungen eigentlich verbietet – gemeinhin als Märtyrer bezeichnet.

wird, wird der Selbstrechtfertigung islamistischer Jihadisten widersprochen. Der Begriff des Märtyrers wird an dieser Stelle dem Begriff *Tāghūt* gegenübergestellt, der typischerweise von islamistischen Strömungen benutzt wird um den Staat und seine Vertreter als illegitim zu kennzeichnen.

Seit Jahrzehnten ist der Märtyrerbegriff außerdem in arabischsprachigen Medien eine verbreitete Bezeichnung insbesondere für palästinensische Kämpfer im israelisch-palästinensischen Konflikt – eine Verwendung, die von islamischen Theologen für zulässig erklärt wurde.⁴⁹

Im nordafrikanischen und spezieller im tunesischen Kontext ist der Begriff jedoch eng mit dem Unabhängigkeitskampf gegen die europäischen Kolonialmächte verknüpft. Im Zusammenhang mit der Entstehung der nationalen Bewegung wurde der Begriff somit von seiner traditionellen religiösen Bedeutung gelöst und für diejenigen verwendet, die während der Unabhängigkeitskämpfe getötet wurden.

Auch wenn die Verwendung des Märtyrerbegriffs sicherlich kein *Novum* darstellt, so ist sie dennoch keinesfalls willkürlich oder gar »neutral«. Wie zahlreiche Studien herausarbeiten, geht diese Zuschreibung einher mit einem Idealbild von Tapferkeit, Frommheit sowie der Bereitschaft für ein höheres Ziel in den Tod zu gehen. Die Wirkung dieser Zuschreibung geht über die einer grundsätzlichen Anerkennung oder Solidarität hinaus und besitzt eine ideologische Macht.⁵⁰

Die hier untersuchte Verwendung des Märtyrerbegriffs trägt dazu bei, das staatliche Vorgehen gegen vermeintliche Terroristen zu legitimieren und schreibt dadurch auch dem Vorgehen der Sicherheitskräfte Rechtmäßigkeit zu. Nicht auszuschließen ist, dass diese dadurch im Ergebnis weniger zugänglich oder gar immun gegen Kritik werden. Auffällig ist hierzu, dass sich im zusammengestellten Korpus keine Beispiele für eine Hinterfragung dieser Bezeichnung finden ließen. Auch Hinweise auf einen wahrgenommenen Widerspruch zwischen der früheren und heutigen Verwendungen und Zuschreibungen lassen sich nicht finden. Dabei sei explizit darauf hingewiesen, dass Kritik an der Polizei außerhalb dieses dargestellten Kontextes durchaus verbreitet ist.

5. Terrorismusbekämpfung als Sicherung des Staates

Der zweite hier zu thematisierende Aspekt wird deutlich, sobald die Frage nach dem Referenzobjekt des Sicherheitsdiskurses gestellt wird. Auf den ersten Blick scheinen sich die meisten Akteure dabei auf die Demokratie zu beziehen. Gegen Terrorismus muss also in dem Maße vorgegangen werden, wie er eine Gefahr für die tunesische Demokratie darstellt. Eine genauere Betrachtung offenbart jedoch, dass darunter unterschiedliche Aspekte fallen. Tatsächlich scheint es insbesondere bei den von der Regie-

49 Vgl. Samia Bassi, *Arab News and Conflict: A Multidisciplinary Discourse Study*, Amsterdam/ Philadelphia 2009.

50 Vgl. anstatt vieler Jeffrey R. Halverson, / Scott W. Ruston, / Angela Trethewey, »Mediated Martyrs of the Arab Spring: NewMedia, Civil Religion, and Narrative in Tunisia and Egypt« in: *Journal of Communication* 63, Nr. 2 (2013), S. 326f.

rung vorgebrachten Inhalten, in denen oftmals für eine Ausweitung des Vorgehens gegen jihadistische Gruppen plädiert wird, häufig in erster Linie um den Schutz des Staates zu gehen. Der Begriff des Staates bezieht sich dabei nicht nur auf die staatlichen Institutionen und Strukturen, sondern auch auf eine gemeinsame Identität und Kultur. Er entspricht somit eher dem Begriff des Nationalstaates. Gleichzeitig finden sich jedoch auch Äußerungen anderer Akteure, bei denen Demokratie für den Menschen als Bürger und Träger von Rechten steht. Der Terrorismus wird hier hauptsächlich als Bedrohung für die Bürgerinnen und Bürger des Landes betrachtet.

Im Laufe des untersuchten Zeitraums und insbesondere nach den Ereignissen im März und Juni 2015 lässt sich ein Erstarren der erstgenannten Position beobachten. Die Rede des tunesischen Staatspräsidenten Béji Caid Essebsi⁵¹ nach dem Anschlag von Sousse in Juni 2015 ist hierfür ein besonders prägnantes Beispiel. Auffallend ist zunächst einmal der dramatische Charakter der Rede, in der Kriegsrhetorik sowie eine klare Freund-Feind-Dichotomie deutlich zutage treten. Der einprägsamste Punkt dieser Rede ist jedoch das Szenario, welches dem Land laut dem Staatschef im Falle einer Wiederholung der Ereignisse drohe: Der Zusammenbruch Tunesiens.⁵²

Die Unterschiede zwischen diesen Haltungen sind dabei in dem Maße relevant, wie sich aus ihnen der Rahmen für ein angemessenes Vorgehen gegen den Terrorismus begründen und legitimieren lässt. So argumentiert etwa Essebsi in seiner oben zitierten Rede, dass politische und gesellschaftliche Differenzen zurückgestellt werden müssen, um den »Krieg« zu gewinnen. Sprachlich äußerte sich dies in einem vermehrten Rückgriff auf Kollektivsymbole, die zum Einsatz kommen, um in einer komplexen Situation konkrete und komprimierte Handlungsanweisungen zu geben. »Hand in Hand« oder »in einer Linie« sind nur zwei von vielen Symbolen, durch die die Einheit der Tunesier beschworen wurde.⁵³ Diese Argumentation verstärkt Befürchtungen, dass es zu einem Ausschluss von kritischen Diskursinhalten und -positionen führen könnte. In dem Maße, in dem die Sicherung des Staates zum Hauptziel im Umgang mit terroristischen Bedrohungen wird, kann sich hieraus auch die Rechtfertigung möglicher Eingriffe in die Rechte Einzelner ergeben. Der Umstand, dass solche Befürchtungen öffentlich geäußert werden deutet jedoch darauf hin, dass diese Versuche aktuell noch nicht erfolgreich sind.

51 Anzumerken ist, dass sich Essebsi und die von ihm gegründete Regierungspartei Nidaa Tounes (Der Ruf Tunesiens) in die Tradition des tunesischen Nationalismus und des Staatsgründers Habib Bourguiba stellen. Die Gründung des tunesischen Staates hängt untrennbar mit der nationalen Bewegung und dem von ihr geführten Unabhängigkeitskampf gegen die Kolonialmacht Frankreich zusammen. Es lässt sich an dieser Stelle eine Verknüpfung zum zuvor dargestellten Märtyrerbegriff herstellen.

52 Vgl. Latifa El Hammami (4.7.2015), »Béji Caid Essebsi in einer Rede an das Tunesische Volk nach dem Attentat von Sousse: ab heute beginnt in Tunesien für 30 Tage der Ausnahmezustand« in: <http://goo.gl/RfKzMM> (Abrufdatum 10.2.2016). Übersetzt aus dem Arabischen.

53 Vgl. Assabah News (18.3.2015): »Der Regierungschef in einem umfassenden Gespräch mit Assabah News«, unter: <http://goo.gl/W6q9hU> (Abrufdatum 10.2.2016). Übersetzt aus dem Arabischen.

6. Fazit

Am Ende dieses Artikels steht fest, dass sich der tunesische Sicherheitsdiskurs in den letzten fünf Jahren gewandelt und teilweise geöffnet hat. Diese Öffnung hat dazu geführt, dass nationale Sicherheit stärker problematisiert wird und Bedrohungswahrnehmungen deutlicher zutage treten. Anders als unter Ben Ali kann für den untersuchten Zeitraum nicht mehr von einer Monopolisierung des Sicherheitsdiskurses gesprochen werden. Hierfür spricht zum einen, dass der Zugang zu öffentlichen Aushandlungsprozessen einer größeren Anzahl von Akteuren offensteht und diese Zugangsmöglichkeit von einer Vielzahl von ihnen genutzt wird. Dass es sich dabei nicht nur um eine quantitative Veränderung handelt, offenbart sich bei der Betrachtung der Inhalte und der vertretenen Positionen. Auch hier lässt sich eine Diversifikation und Erweiterung beobachten. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es erkennbare Tendenzen gibt, die zur Grundlage für den Ausschluss oder die Beschränkung vieler Diskursinhalte und -positionen erwachsen können. Hiervon sind insbesondere Akteure betroffen, die dem Regierungsdiskurs und der Ausweitung der Terrorismusbekämpfung kritisch gegenüberstehen. Im weiteren Verlauf ist deshalb entscheidend, ob es gelingt, den Krieg gegen den Terror anderen Problemen überzuordnen und staatliches Vorgehen dadurch gegen Kritik zu immunisieren.

Zusammenfassung

Die Verschlechterung der Sicherheitslage und die Ausbreitung des jihadistischen Islamismus werden als ernste Bedrohung für die Stabilität der jungen tunesischen Demokratie gewertet. Die öffentlichen Debatten über einen angemessenen staatlichen Umgang mit diesen Gefahren gelten dementsprechend als wegweisend für die weitere Zukunft des Landes und geben gleichzeitig Einblicke in den Stand bisheriger Entwicklungen. Im Rahmen einer kritischen Diskursanalyse werden in diesem Beitrag der aktuelle Sicherheitsdiskurs und derjenige unter Ben Ali gegenübergestellt. Mit besonderem Blick auf strukturelle und inhaltliche Aspekte des Diskurses, sollen Zugangs- und Ausschließungsprozesse herausgearbeitet und dadurch letztendlich Aussagen über die Veränderung von Macht- und Herrschaftsstrukturen ermöglicht werden. Dabei ergibt sich im Ergebnis ein nuanciertes Bild in dem sowohl eine allgemeine Öffnung als auch bestehende und potenzielle Ausschließungen zutage treten.

Summary

The deterioration of the security situation and the propagation of jihadist Islamism are seen as serious threats to the stability of the young Tunisian democracy. The debates on an adequate state response to these threats are accordingly considered crucial for the country's future while at the same time providing an insight into the state of present developments. In a critical discourse analysis this article contrasts the ongoing

security discourse with the previous one under Ben Ali. Focusing on the discourse's structural and content related aspects, structures of access and exclusion are pointed out, thereby providing an assessment of the underlying structures of power and dominance. Ultimately, a more nuanced picture is developed revealing a general opening as well as existing and potential exclusions.

Nadia El Ouerghemmi, *Debates on Terrorism Between Change and Continuity. A Critical Analysis of the Tunisian Security Discourse on Jihadist Islamism*

Entwicklungen in Europa aus deutsch-koreanischer Perspektive



Cooperation in Asia and Disintegration in Europe?

Proceedings of a German-Korean Academic Dialogue

Herausgegeben von Prof. Dr. Harald Bergbauer und Prof. Dr. Yeonho Lee

2016, 169 S., brosch., 34,- €

ISBN 978-3-8487-2021-7

eISBN 978-3-8452-6100-3

nomos-shop.de/24271

Wissenschaftler aus Korea und Deutschland diskutieren aktuelle Entwicklungen in Europa und Fernost wie z.B. die Umweltpolitik in Korea, Südkoreas Beziehungen zu Russland, die Wiedervereinigung, Machtverschiebungen in Europa als Folge der aktuellen Finanzkrise sowie die Finanzkrise aus wirtschaftlicher Sicht.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter: www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter +49 (0)7221/2104-37.

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos